



Vierteiljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserationsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilage 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 54. Mittag-Ausgabe.

Sechshundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Treubner.

Mittwoch, den 1. Februar 1865.

Preußen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

6. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (31. Jan.).

Die Sitzung wird um 12 1/2 Uhr eröffnet. Am Ministertische befinden sich die Herren v. Bodelschwingh, v. Selchow und Graf zur Lippe. Als Regierungs-Commissare für die Ministerien der Finanzen, der Justiz und des Handels sind die Geh.-R. v. Henning, v. Sydow und Kieckhefer bezeichnet. — Die Tribünen sind sehr stark besetzt.

Präsident Grabow theilt zunächst die Namen der neu eingetretenen Mitglieder mit und bezieht die Abtheilungen, denen sie überwiesen sind. Dann fährt er fort: „Ich habe dem Hause mitzutheilen, daß aus den Orten Neuenburg, Garbenberg, Treuer, Kamanten und Groß-Komorau eine Adresse an das Haus gerichtet worden ist, in welcher die Unterzeichner, der katholische Pfarrer H. Wobedi und der Bürgermeister v. Kownacki mit 414 Genossen gegen die Rede, welche ich beim Antritt meines Amtes hielt, protestiren (Heiterkeit) und die Bitte hinzufügen, es möge das Haus der Abg. der lobenden Mäße sich unterziehen, den Weg der Verständigung mit den übrigen Faktoren der Gesetzgebung in Preußen recht bald zu finden. Ich werde diese Adresse auf dem Bureau für diejenigen niederlegen, welche von ihrem Inhalt nähere Einsicht nehmen wollen.“

Der Präsident zeigt ferner an, daß der Abg. Rechtsanwalt Veltjusen aus Ostpreußen sein Mandat niedergelegt hat und in Folge dessen eine Neuwahl in dem 6. cumbinner Wahlbezirk erforderlich ist. Endlich wird der Antrag des Abg. Schulze (Berlin) und Genossen, betreffend die Abänderung der §§ 181 und 182 der Gewerbeordnung vom 17. Jan. 1845 bezüglich des Coalitionsrechtes der Arbeiter und Arbeitgeber unter besonderer Zustimmung des Antragstellers der Commission für Handel und Gewerbe überwiesen. Nach Erledigung dieser Formalien erhält das Wort der

Finanzminister v. Bodelschwingh: Im allerhöchsten Auftrage habe ich die Staatshaushalts-Rechnungen für die Jahre 1859, 1860 und 1861 dem Hause vorzulegen, nebst den dazu gehörigen Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer. Da dieselben zum Theil bereits in der vorigen Session vorgelegt worden sind, so habe ich nur die allgemeinen Rechnungen für das Jahr 1861 nebst den Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer den Mitgliedern des Hauses im Druck zugehen lassen und erlaube mir nur noch die Uebersetzung der gesamten Vorlage an die Budgetcommission zu empfehlen. — Das Haus ist mit dieser Uebersetzung einverstanden; der Präsident schlägt den Wunsch hinzu, daß für die neu eingetretenen Mitglieder Abdrücke der älteren Vorlage geliefert werden. Der Finanzminister: Wenn der Herr Präsident die Güte hat, mich wissen zu lassen, wie viel Exemplare gewünscht werden, so werde ich dem selbstredend nachkommen.

Hierauf geht das Haus zur Tagesordnung über. Der Präsident berichtet zunächst die Interpellation des Abg. v. Rönne, ob und wann die k. Staatsregierung den Erlaß vom 20. Juni 1864, betreffend die Genehmigung eines Preisen-Reglements, sowie die Bestimmungen über das Verfahren in Preisen-Sachen der Landesvertretung zur Genehmigung vorlegen wird? Der Justizminister: Im Namen des Staatsministeriums erkläre ich, daß ich die Interpellation in dieser Sitzung beantworten werde. — Der Präsident fordert hierauf den Abg. v. Rönne auf, seine Interpellation zu begründen.

Abg. v. Rönne: M. H. Ich befinde mich in einer eigenthümlichen Lage. Ich soll meine Interpellation begründen; dieselbe ist aber eine einfache Anfrage an das Ministerium, ob es beabsichtigt, diese Verordnung der Landesvertretung vorzulegen zur Genehmigung. Antwortet es, wie ich erwarte und hoffe, mit Ja, dann würde meine ganze Begründung eine unnötige Zeitverschwendung sein; antwortet es mit Nein, so würde ich doch, selbst wenn ich meiner Petition den freiesten Lauf lassen wollte, kaum im Stande sein, vorher alle die Gründe mit auszudeuten, die möglicherweise das Ministerium haben könnte, die Verordnung nicht vorzulegen. Da indessen nach der Geschäftsordnung in eine Debatte über eine Interpellation, die die Herren Minister beantwortet haben, nur eingetreten wird, wenn dies durch 50 Mitglieder des Hauses beantragt worden, so muß ich im Voraus meine Gründe zu geben versuchen.

M. H. In den früheren Seeriegen hat Preußen sich bloß Lap in lassen können, nachdem es aber eine Seemacht geworden, hat es auch das zweifelhafte Vorrecht erworben, selbst zu kapern. Als junge Seemacht hat es aber von diesem Recht nur mit aller Vorsicht Gebrauch zu machen, weil die Kaperei nicht nur dem Handel und der Schifffahrt neutraler Mächte Verationen aller Art bereitet, sondern auch, weil der Staat durch widerrechtlichen Verfahren zu großen Entschädigungen verpflichtet werden kann, wie denn selbst England an Frankreich den Großen 30,000 Pfd. Sterl. Entschädigung zahlen mußte, und eine derartige Entschädigung noch neuerlich von Dänemark und Frankreich an Nordamerika zu zahlen war. Alles dies sollte die Regierung veranlassen, so wichtige Bestimmungen nicht ohne Mitwirkung der Landesvertretung zu erlassen. Nach Art. 89 der Verfassung dürfen Gerichte nur durch ein Gesetz organisiert werden, und auch das Preisen-Gesetz ist ein Gesetz, welches endgültig über Wein und Wein zu entscheiden hat. Das Preisen-Reglement enthält aber auch die materiellen Rechtsgrundsätze, nach welchen der Preisenrath entscheiden soll, und wenn diese sich auch zum Theil auf das Völkerrecht stützen, so enthalten sie doch nähere Festsetzungen der völkerrechtlichen Grundsätze, Modificationen und Declarationen derselben. Ja es sind sogar einige der Paragraphen des allgemeinen Völkerrechts, welche sich im Titel „von der Beute“ befinden, anders als im allgemeinen Völkerrecht bestimmt.

Die Regierung hat sich somit auf den Weg der Gesetzgebung begeben, den sie nicht ohne Mitwirkung der Landesvertretung betreten darf. Aber die Verordnung ertheilt aus staatsrechtlichen und finanziellen Bestimmungen, z. B. den Satz, daß aus dem in die Staatskasse geflossenen Confiscat zwei Drittel als Preisen-Gelder an die Mannschaft des Captors gezahlt werden sollen, was doch gewiß ohne Zustimmung des Landtags nicht einseitig von der Regierung verordnet werden kann. Ich halte manche Bestimmungen der Verordnung für ungewiss, aber ihre Abänderung kann ich nur erreichen, wenn die Verordnung der Landesvertretung vorgelegt wird. Namentlich bedauere ich, daß durch die Verordnung der heillose Grundfals der Kaperei auf Neue sanctioniert ist und in den b. willigen Preisen-Geldern neue Nahrung gefunden hat. Erst wenn die Festhaltung des Privateigentums im Seerriegel ebenso anerkannt ist, wie dies im Landkrieg bereits der Fall, wird die Preisen-Jurisdiction auf sehr wenige, alsdann sehr gerechtfertigte Fälle beschränkt sein, und sie wird dann nicht mehr mit einem modernen Lehrer des Völkerrechts im Versuch genannt werden können, das barbarische Institut der Kaperei zu civilisiren.

Der Justizminister Graf zur Lippe: Meine Herren! Die Staatsregierung ist der Ansicht, daß durch den allerhöchsten Erlaß vom 20. Juni vorigen Jahres dem nach Art. 62 der Verfassungs-Urkunde den beiden Häusern des Landtags eingeräumten Rechte, Antheil an der Gesetzgebung zu nehmen, nicht zu nahe getreten sei, und hält sich nicht für verpflichtet, diese Verordnung zur nachträglichen Genehmigung den beiden Häusern vorzulegen. Die Interpellation gewährt mir eine erwünschte Veranlassung, die Motive der Staatsregierung ausführlich darzulegen, wenn ich gleich kaum glauben kann, daß durch die heutige Discussion diese ganze, sehr wichtige Sache völlig erledigt werden wird. Da Sie zweifelsohne den Worten, die von dieser Stelle an Sie gerichtet werden, ein besonderes Gewicht beilegen, und es sich um principielle Fragen und nicht bloß um Fragen des inneren Staatsrechts handelt, so werde ich mir erlauben, diese meine Erklärung in präciser Form, als sonst gewöhnlich, hier abzugeben. — Der Herr Minister verliest hierauf ein umfangreiches Exposé über die Rechte der kriegsführenden Mächte in Seeriegen und die Rechte der Neutralen, das sicher in amtlichen Organen abgedruckt werden wird. Während der Verlesung legen die Stenographen im Hause die Feder nieder. — Abg. v. Rönne zur Geschäftsordnung: Ich bitte das Präsidium, zu constatiren, daß der Herr Minister seinen Vortrag nach einem Manuscript verlesen hat. — Präsident Grabow: Ich habe dazu nur zu bemerken, daß dieses Factum bereits in unser Aller Mitle constatirt ist. (Heiterkeit.)

Das Haus geht darauf zur Verathung des Gesetzentwurfs: „betreffend die Zehrungskosten der gerichtlichen Voten und Executores bei Verfolgung von Dienstgeschäften außerhalb des Gerichtsortes“ aber, nach welchem die gerichtlichen Voten und Executores für jeden Tag, an welchem sie außerhalb des Gerichtsortes und mehr als eine Viertel-

meile von diesem entfernt, Voten- oder Executionsgeschäfte besorgt haben, 7 Sgr. 6 Pf. Zehrungskosten erhalten sollen. In den Motiven, durch welche der Gesetzentwurf von der Staatsregierung begründet ist, wird auf die Unmöglichkeit hingewiesen, daß die fraglichen Unterbeamten diese ihre Dienstgeschäfte für die ihnen bisher nach Art. 22 des Gesetzes vom 9. Mai 1854 zulebenden Zehrungskosten von 5 Sgr. pro Tag ausführen könnten, ohne von den Befehlungen, welche zum Unterhalt ihrer Familie dienen sollen, noch einen Theil der Kosten für ihre Dienstreisen zu bestreiten. Dies erscheint um so unangemessener, als diese Verpflichtung gerade an den bescheidensten Dienst geknüpft sei, für welchen die rüftigsten Kräfte erforderlich seien, und besonders leicht auch Nachtheile für den Dienst daraus entstehen könnten. Aus diesen Gründen sei von verschiedenen Appellations-Präsidenten die Erhöhung des jetzigen Betrages der Zehrungskosten in Anregung gebracht worden, und auch die Staatsregierung habe das Bedürfnis dazu nicht länger verkennen können. Es handle sich also nur darum, bis auf Höhe welcher Summe der fragliche Betrag erhöht werden solle. In dieser Beziehung sei in Betracht zu nehmen, daß der Betrag von 10 Sgr. für diejenigen Fälle nicht zu hoch sein würde, in denen die Beamten über Nacht ausbleiben müßten.

Da indessen nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, an denen eine Aenderung nicht wünschenswerth sei, den Voten und Executores für jeden Tag, an welchem sie außerhalb des Gerichts, und mehr als eine Viertelmeile von diesem entfernt, Voten- oder Executionsgeschäfte besorgt haben, die vollen Zehrungskosten zuzuführen, solche mithin auch für Amtsverrichtungen von oftmals nur wenigen Stunden zu gewähren seien, so könne bei Bemessung des Betrages desselben nicht die größtmögliche Dauer des Geschäftes zum Grunde gelegt werden; es müsse daher der Betrag so normirt werden, daß in dem einen Falle entstehenden höheren Aufwendungen durch die den Bedarf in andern Fällen übersteigenden Gewährungen compensirt würden. In Rücksicht darauf hält die Staatsregierung den Durchschnittssatz von 7 Sgr. 6 Pf. für angemessen. — Die jährliche Mehrausgabe, welche der Staatskasse durch die Erhöhung auf 7 Sgr. 6 Pf. erwachsen würde, wird von der Staatsregierung auf nahezu 40,000 Thlr. angegeben.

Referent Abg. Senff giebt eine historische Uebersicht der Angelegenheit, welche schon wiederholt Gegenstand der Verathung im Abgeordnetenhaus gewesen ist. Nach der allgemeinen Gebührenordnung vom 23. August 1815 betragen die Zehrungskosten ebenfalls pro Tag 10 Sgr. Diese sind durch das Gerichts-Gesetz vom 10. Mai 1851 auf die Hälfte herabgesetzt worden. Der Referent erklärt, daß man auch in der Commission über die Unzulässigkeit dieses Betrages übereinstimmender Ansicht gewesen sei; die Commission sei geneigt gewesen, vorzuschlagen, daß die betreffenden Beamten so zu sagen in integrum restituit werden sollten, indem der von der Regierung auf 7 1/2 Sgr. angenommene Betrag auf 10 Sgr. erhöht würde. Der Reg.-Commissar habe indeß erklärt, daß er nicht ermächtigt sei, in die Festsetzung einer höheren Summe zu willigen; die Commission habe daher wegen der Dringlichkeit der Angelegenheit von weiteren Anträgen Abstand genommen und empfehle dem Hause die Annahme des Gesetzentwurfs in der von der Regierung vorgeschlagenen Fassung.

Es meldet sich Niemand zum Wort und der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Verathung des Gesetzentwurfs wegen „Berechnung der Steuer für die Bereitung von Zucker aus getrockneten Rüben“. § 1 dieses Gesetzes bestimmt: Bei der Erhebung der Steuer für die Bereitung von Zucker aus getrockneten (gebrühten) Rüben werden vom 1ten Septbr. 1862 ab auf jeden Centner getrockneter Rüben nicht mehr (Verordnung vom 2. Juli 1861, § 3 — Gesetzsammlung Seite 417) fünf Centner, sondern nur vier- und Dreiviertel-Centner rohe Rüben gerechnet.

§ 2 beauftragt den Finanzminister mit der Ausführung dieses Gesetzes. Der vorstehende Gesetzentwurf war bereits in voriger Session den beiden Häusern des Landtages vorgelegt, jedoch vor Schluß der Session nicht zur Verabhandlung gelangt. In den Motiven wird nach einer kurzen Darlegung der vorgängigen Verhandlungen im Zollverein über eine andere Berechnung der Steuer für getrocknete Rüben auf die Betriebsverhältnisse der badischen Rübensuderfabrik zu Waghäusel, als der einzigen, in der getrocknete Rüben in erheblichem Umfange verarbeitet werden, näher eingegangen. Dieser Fabrik wurden in den Betriebszeiten vom 1. September 1854 bis 1. September 1859 an rohen Rüben 6,237,121 Centner zugeführt. Bei Annahme eines Abganges von 10% sind davon 5,613,409 Centner zum Trocknen gelangt. An Trockenproduct sind aber mit Einschluß von 37,960 Ctr. Darrmalz 1,179,812 Centner gewonnen, wonach 4,76 Ctr. roher Rüben zur Gewinnung von 1 Ctr. getrockneter Rüben erforderlich sein würden.

Betrachtet man außerdem auch die Ergebnisse des Betriebsjahres 1861—1862, die neuesten nämlich, welche zur Zeit der betreffenden Verhandlungen vollständig vorlagen, so stellt sich die Menge der von 1854—1859 und im Betriebsjahre 1861—62 eingelieferten Rüben zusammen auf 6,759,218 Centner, wovon nach Abgang von 10% zur Trocknung 6,083,297 Centner zur Verarbeitung gelangten. An Trockenproduct wurden aber überhaupt 1,249,975 Centner gewonnen und es würden danach 4,75 Centner roher Rüben zur Herstellung eines Centners getrockneter Rüben verwendet werden müssen. Nach diesen Erfahrungen ist das Verhältniß zwischen rohen und getrockneten Rüben festgestellt und zugleich verabredet worden, daß die neue Steuer schon vom Beginn der Betriebszeit, während welcher die Verabredung getroffen wurde, nämlich vom 1. September 1862 ab in Kraft treten solle.

Der Referent, Abgeordn. Krieger (Berlin), führte diese in den Motiven dargelegten Gesichtspunkte kurz an und bemerkte, daß der Gesetzentwurf weder eine Steuererhöhung, noch eine Steuerermäßigung bezwecke, sondern nur den Procentfuß zwischen den beiden Sorten der Rüben auf bessere Erfahrungen hin genauer feststelle.

Zur General-Discussion verlangt Niemand das Wort, eben so wenig zur Special-Discussion. Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bilden Wahlprüfungen. Es werden ohne Debatte bestätigt die Wahlen der Abgeordneten: Graf v. Potulicki, v. Zochlinski und Peter Sarkort; bei Gelegenheit des zuletzt genannten Abgeordneten bemerkt der Referent, daß von dem Umfange der öffentlichen Meinung, von dem so viel geräthelt werde, wenigstens im bagener Wahlkreise nichts zu entdecken sei, und daß die letzte Wahl von conservativen oder ministeriellen Wahlmännern nicht bemerken lasse.

Schluß der Sitzung 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, 31. Jan. [Amtliches.] Se. Maj. der Königin haben den Wirklichen Geheimen Rath und früheren Gesandten in Kopenhagen, von Balan, zu Allerhöchstem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich belgischen Hofe zu ernennen geruht.

Se. Majestät der Königin haben allergnädigst geruht: Den Landgerichts-Assessor Wählinghaus in Saarbrücken zum Staats-Procurator bei dem dortigen Landgerichte; und den Pastor Richter in Glaz zum Superintendenten der Diöcese Glaz-Münsterberg zu ernennen.

Die Anstellung des Kaplans Becker als katholischer Religionslehrer an der Realschule in Aachen ist genehmigt.

Berlin, 31. Jan. [Se. Maj. der Königin] nahmen heute den Vortrag des Polizeipräsidenten und hierauf den des Militär-Cabinetts entgegen.

[Ihre Maj. die Königin] erschien gestern auf dem Ball bei Sr. königlichen Hoheit dem Kronprinzen und ertheilte heute dem neu-ernannten Gesandten Sr. Maj. des Königs von Italien die nachgesuchte Antritts-Audienz.

[Se. königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern den Oberst v. Flemming, Commandeur des Pommerschen Husaren-Regts. (Blücher'sche Husaren) Nr. 5.

Abends war Ball im königlichen Palais, zu welchem über 700 Einladungen ergangen waren. (St.-A.)

[Der Bau des Parlamentshauses] soll wieder einmal Gegenstand eines ministeriellen Schreibens an die Präsidenten der beiden Häuser gewesen sein. Als Bauplatz schlägt die Regierung, wie es heißt, die Porzellanmanufaktur vor, welche bekanntermaßen zwischen dem Kriegsministerium und dem Herrenhause liegt. Das Grundstück

hat eine große Tiefe, so daß eventuell Platz für einen Vorgarten oder Vorhof bliebe. Zwischen den beiden Häusern wird eine solide Brandmauer gezogen, geforderte Ein- und Ausgänge verstehen sich von selbst.

[Der Rechtsanwalt Tolki zu Reidenburg] war wegen seiner politischen Thätigkeit, insbesondere seiner Theilnahme an den Wahlen zur Disciplinar-Untersuchung gezogen und vom ostpreussischen Tribunal zu Königsberg mit einer Geldbuße von 150 Thlr. belegt worden. Gegen diese Entscheidung hatte der Oberstaatsanwalt appellirt und die Amtsentsetzung beantragt. Das Obergericht hat jedoch in seiner Sitzung vom 30. Jan. das erste Urtheil bestätigt.

[Drei Steckbriefe.] gegen die Defonomen v. Sezewski, Ossowski und Chranowski, alle drei aus dem Posenen, im Sommer v. J., resp. im Oktober 1863 wegen vorbereitender hochverräterischer Handlungen erlassen, werden jetzt vom Staatsgerichtshofe, nachdem „von der weitem Verfolgung Abstand genommen“, zurückgezogen.

[Die Gräfin Danner] hat sich für ihre sieben Millionen einen weniger europäischen Namen gekauft, sie beabsichtigt nämlich in Nizza einem schwedischen Herrn aus altem Hause, einem Grafen Silfverholpe, an den Traualtar zu folgen.

[Kein Programm für Schleswig-Holstein.] Der telegraphisch signalisirte Artikel der „Zeidl. Corr.“ lautet wörtlich: „Es ist richtig, daß die Antwort Preußens auf die österreichische Depesche vom 21. Dezember am Schluß der vorigen Woche von hier abgegangen ist. Da Preußen auf die österreichische Idee, den Herzprinzen von Augustenburg provisorisch mit der Regierung der Herzogthümer zu betrauen, nicht eingehen kann und seinerseits die Zeit nicht für gekommen hält, wo für die Ordnung der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten ein maßgebendes Programm aufgestellt werden kann, so enthält die preussische Antwort-Depesche nur einen provisorischen Hinweis darauf, daß weitere Auslassungen erst dann erfolgen dürften, wenn die Kron-Juristen das von ihnen erforderliche Gutachten eingereicht haben werden.“

[Die handelspolitischen Verhandlungen mit Oesterreich.] Ein zweiter, ebenfalls durch den Telegraph angezeigter Artikel der „Zeidl. Corr.“ lautet: Der österreichische Commissar für die hieselfst stattfindenden Verhandlungen zwischen Oesterreich und dem Zollverein, Hr. v. Hoch, befindet sich noch in Berlin und dürfte auch nicht die Absicht haben, in Kurzem abzureisen. Somit fallen die Combinationen gewisser süddeutscher Blätter, welche von der Resultatlosigkeit der hiesigen Verhandlungen und von der Abreise des Herrn v. Hoch allerhand zu berichten hatten, in sich zusammen. Weit entfernt, unterbrochen oder ermattet zu sein, werden die Verhandlungen lebhaft geführt. Es hat gestern eine Sitzung der Conferenz stattgefunden und für morgen steht ebenfalls eine solche in Aussicht. Der Gegenstand der Verhandlungen ist gegenwärtig die Feststellung des Tarifes für den Verkehr zwischen Oesterreich und dem Zollverein.

[Dementi.] Diefelbe Correspond. schreibt: Es kann nicht nachdrücklich genug erklärt werden, daß hier weder eine Meinungsäußerung Englands in Betreff der schleswig-holsteinischen Angelegenheit eingegangen, noch überhaupt etwas von einer an ein anderes Cabinet gerichteten Manifestation des Grafen Russell in dieser Sache bekannt ist. Die Politik der unbedingten Nichtintervention, von welcher England im vergangenen Sommer mit Rücksicht auf die dänische Monarchie abzugehen drohte, hat nunmehr in London das vollkommene Uebergewicht gewonnen. Diesem Umstande ist es wohl auch zuzuschreiben, daß der bisherige dänische Gesandte in London, Kammerherr v. Vile, es für angemessen befunden hat, seinen Posten aufzugeben.

[Hr. v. Beaulieu, der Gesandte des Großherzogs von Oldenburg] am hiesigen Hofe, ist am Freitag hier eingetroffen. Da Oldenburg bei dem Verlauf der schleswig-holsteinischen Sache so nahe betheilig ist, soll der Großherzog es gern gesehen haben, daß die Resignation des Dr. Geffen ihm Gelegenheit gab, einen selbstständigen Diplomaten mit seiner Vertretung am belgischen Hofe zu beauftragen.

[Die Aktienzeichnung zu der Berlin-Görlitzer Eisenbahn] ist gestern geschlossen worden, der Bau nunmehr als gesichert zu betrachten.

Danzig, 30. Jan. [Sr. Majestät Briggs „Rover“ und „Musquito“] sind dem „Dampfboot“ zufolge nach einer kurzen und glücklichen Fahrt, nach kurzem Aufenthalt in Neapel und Palermo weiter gefegelt; zuletzt im Hafen von Neapoli (Halbinsel Morea) vor Anker gegangen, um wie verlautet, die Reise nach Konstantinopel fortzusetzen.

Greifenhagen, 29. Jan. [Nichtbestätigung.] Die Wiederwahl der hiesigen vier Rathsherren, nämlich der Kaufleute Arnd und Gerloff, des Tischlermeisters Ehrhardt und des Kalkbrennerei-Besizers Lasse ist von der königl. Regierung nicht bestätigt worden. (Pomm. Z.)

Deutschland.

Schwerin, 29. Jan. [Gegen das Kunstwesen.] Kürzlich haben ca. 200 hiesige Maurer- und Zimmergesellen, meistens schon Familienväter, sich in einer wohl motivirten Eingabe an den Großherzog gewandt und nachgewiesen, daß sie bei den herrschenden Kunst- und Gewerbesen zu Grunde gehen müßten. Die von den Zünftlern so hoch gepriesenen Amtsbullen legen diesen Leuten alle möglichen Pflichten auf, aber Rechte geben sie ihnen nicht. Der Tagelohn ist genau bestimmt für den Frühling, Sommer und Herbst, und wenn nun ein solcher Arbeiter das Glück hat, 9 Monate im Jahre Arbeit zu finden und in den 3 Wintermonaten auch noch hier und da ein wenig verdienen zu können, so kann er seine ganze Jahreseinnahme auf höchstens 150 Thlr. bringen. Daß bei den gestiegenen Preisen aller Lebensbedürfnisse eine Familie dabei geradezu hungern muß, ist leicht erklärlich, und die Leute wollen deshalb von allen diesen beschränkenden Bestimmungen des Zunft- und Zopfwesens los, sie wollen Freiheit der Arbeit und haben deshalb um einen Commissarius gebeten, damit derselbe ihre Lage prüfe. Der Großherzog hat, wie wir hören, ihre Eingabe an das Ministerium abgegeben.

Fleinsburg, 29. Jan. [Die Bureau's der Civilbe-hörde.] Mit dem heutigen Tage werden uns die Bureau's der obersten Civilbehörde und die Mehrzahl der bisherigen Angestellten derselben verlassen haben. Fast alle in den Bureau's bisher beschäftigten Inländer haben eine Verwendung in den Bureau's der Landesregierung und der Civilbehörde, wie sie in verkleinerter Gestalt künftig bestehen wird, erhalten; auch eine Anzahl früherer Offiziere der schleswig-holsteinischen Armee, die aus Deutschland stammten, sind hierbei berücksichtigt worden, doch haben alle genannten Angestellten sich eine so erhebliche Verkleinerung ihrer Eagen gefallen lassen

